

# Migration: Wenn Fakten zählen würden

25. November 2019



Immer mehr internationale Studien und Fakten zeigen, wie problematisch die Massenmigration nach Europa ist und wie falsch die Argumente der medial und politisch so aktiven Migrationsbefürworter sind. Doch diese Studien werden regelmäßig in den heimischen Medien totgeschwiegen. Offenbar gezielt. Man findet sie nur in ausländischen Qualitätsblättern wie der „Neuen Zürcher Zeitung“. Und das EU-Europa scheint überhaupt hilflos. Von Andreas Unterberger

Eine Studie der renommierten US-Universität Princeton hat jetzt bewiesen, dass die illegale Migration aus Afrika und der islamischen Welt im Wesentlichen eine gezielte Einwanderung in die hoch ausgebauten europäischen Sozialsysteme ist. Die US-Forscher zeigen am Beispiel Dänemarks eindeutig, dass diese eine Sogwirkung ausüben.

Dänemark hatte in den letzten zwanzig Jahren eine mehrmals zwischen Rechts und Links wechselnde Regierungsmehrheit. Dementsprechend wurden die Leistungen für Migranten jedes Mal gesenkt oder erhöht. Unter der 2002 ins Amt gekommenen Mitte-Rechts-Regierung hat Dänemark die Sozialleistungen für Nicht-EU-Ausländer um bis zu 50 Prozent gekürzt.

Das war deutlich mehr, als je eine der bösen schwarz-blauen Regierungen in Österreich auch nur angedacht hat. Man erinnere sich an den Sturm politisch-korrekt erregung im letzten Jahr, als Österreich die Mindestsicherung für Migranten nur ein wenig reduziert hatte.

Die Wirkung der dänischen Maßnahmen des Jahres 2002 war eindeutig: Die Zuwanderung aus Nicht-EU-Ländern ging jährlich um rund 5000 Personen zurück. Und noch eindeutiger bewiesen wurde der Zusammenhang zwischen Sozialleistungen und Migration, als zehn Jahre später eine Linksregierung diese Kürzungen wieder zurücknahm, also die Sozialleistungen wieder auf die alte Höhe hinaufschraubte. Da stiegen prompt auch die Einwanderungszahlen wieder auf die frühere Höhe.

Einen ähnlichen Effekt weist das deutsche ifo-Institut in Bezug auf eine Änderung der Regeln für die „Familienzusammenführung“ in Dänemark nach. Sobald diese verschärft worden sind, ist ins linke Schweden ausgewandert worden, wo die Regeln viel weniger strikt sind ([Faktencheck der UNO: Flüchtlinge kommen wegen des Geldes nach Deutschland?](#)).

Noch erstaunlicher ist, dass eine noch brisantere Studie der UNO-Entwicklungshilfeorganisation UNDP ebenfalls keinerlei Beachtung in Österreich fand. Offenbar wird hierzulande wirklich alles unterdrückt, was Immigrationskritik bestätigt ([Erstmals offiziell: UN „ist stolz“ auf Umsiedlung von 154 Migranten per Charterflug nach Deutschland \(Video\)](#)).

Dabei widerlegt diese Studie die zentrale Verteidigungslinie von Angela Merkel und anderen Gutmenschen-Politikern, warum man vorerst mit einem Weitergehen der Einwanderung leben müsse. Man würde jedoch in Afrika gleichzeitig eine Strategie verfolgen, die zu einem Ende der Migration führen werde: Europa würde durch Entwicklungshilfe die Lebensverhältnisse in den Herkunftsländern der Migration vor allem für die Allerärmsten so verbessern, dass diese künftig keinen Grund zur Migration mehr hätten.

Nun widerlegt eine Untersuchung des UNDP genau den Kern dieser These. Das Gegenteil stimmt: Es sind gar nicht die Ärmsten und schlecht Gebildeten, die aus Afrika nach Europa kommen. Für viele gerade besser situierte Afrikaner zahlt sich die illegale Migration finanziell in hohem Ausmaß aus. Diese wird daher kaum abnehmen.

Zwar haben das viele Migrationskritiker schon lange gesagt, aber dennoch ist diese Bestätigung aus einer sehr unverdächtigen Quelle wichtig.

Die meisten der illegalen Migranten haben UNDP zufolge sogar mindestens einen Sekundarabschluss. Sie waren im Schnitt drei Jahre länger zur Schule gegangen als Gleichaltrige in ihrer Heimat ([Regierung holt weitere Flüchtlinge nach Deutschland – Migration über Balkanroute nimmt wieder zu](#)).

Das heißt logischerweise, dass sich die illegale Migration sogar massiv verstärken wird, wenn der Schulbesuch in den Herkunftsländern weiterhin besser und länger werden sollte (um nicht missverstanden zu werden: Diese gewaltige, wenn auch extrem aufwendige weitere Verbesserung des afrikanischen Bildungsniveaus ist trotzdem zweifellos positiv – jedoch nur dann, wenn die Menschen ihre bessere Ausbildung dann auch zum Nutzen der eigenen Heimat einsetzen!).

Die Hälfte der illegalen Migranten hatte vor ihrer Auswanderung nach Europa schon einen Job. Sie verdienten dort jedoch weit weniger als dann in Europa, aber immerhin um gewaltige 60 Prozent mehr als ihre Mitbürger in der Heimat. Sie gehörten also geradezu zu einer Aufsteiger-Elite.

Warum kamen sie dennoch? 70 Prozent sagten dem UNDP, dass sie sich dennoch mit dem nicht finanzieren hätten können, was sie daheim verdienten (sogar die Hälfte derer sagt das, die daheim einen Job gehabt hatten). Was auch immer Behauptungen eines „sich nicht finanzieren können“ genau bedeuten mögen.

In Europa haben jedoch nur 38 Prozent der illegalen Migranten einen Job gefunden (legal oder illegal). Auch die österreichischen Arbeitsmarktdaten zeigen einen ähnlich niedrigen Wert. Aber fast doppelt so viele – nämlich 73 Prozent – der gekommenen Afrikaner geben an, dass sich ihre Lage durch die Migration nach Europa verbessert habe. Also offenbar nur durch die Sozialhilfe ([Migrationsagenda: Niemand weiß, wer und wieviele Menschen seit 2015 ins Land gekommen sind](#)).

Das berichten die Afrikaner nun zweifellos nicht nur den UNDP-Forschern, sondern auch nach Hause. Dadurch werden zweifellos immer noch mehr Afrikaner zur Reise nach Europa motiviert – zumindest sobald sie sich die Schlepper leisten können ([Einreise per Flugzeug: Regierung erklärt Flüchtlingszahlen zur Geheimsache \(Video\)](#)).

Laut UNDP verdienen die migrierten Afrikaner in Europa im Schnitt zwar nur 1000 Dollar pro Monat. Das ist aber immer noch dreimal so viel, als sie vorher in ihrer Heimat verdient haben.

Zwar ist jeder Zehnte der Gekommenen obdachlos. Zwar fühlten sich vier Fünftel in Europa einsam. Zwar empfanden neun Zehntel ihre Reise (meist über Libyen) als schlimmer denn erwartet. Trotzdem sagen aber nur zwei Prozent der Befragten, dass sie die Reise nicht angetreten hätten, hätten sie gewusst, was sie erwartet ([EU zündet nächste Migrations-Agenda – Deutsche Städte drängen sich um die Aufnahme von Migranten](#)).

Als Zusammenfassung schreibt selbst das UNDP wörtlich: „Die meisten afrikanischen Länder befinden sich in einem Entwicklungsstadium, in dem sich die Migration erst zu intensivieren beginnt.“

Das macht klar, dass Europa langfristig nur zwei Möglichkeiten hat:

Entweder es bekämpft viel aggressiver als derzeit die illegale Migration (wozu ein drastisches Hinunterfahren der Sozialleistungen für Nichteuropäer wie auch – noch wichtiger – eine massive Intensivierung der Rückschiebung von nach Europa gekommenen illegalen Migranten gehört).

Oder es kommen wirklich die vom seriösesten Migrations-Forscher Europas, Gunnar Heinsohn, prognostizierten Hunderten Millionen Schwarzafrikaner nach Europa, zusätzlich zu den jetzt schon hier lebenden 15 Millionen.

Mehrere Beispiele zeigen aber auch Erfreuliches: Einzelne EU-Länder haben im Alleingang eine konsequentere Anti-Migrationspolitik begonnen (eine mutigere auch als die angeblichen schwarz-blauen Grauslichkeiten in Österreich!):

Siehe das oben genannte Beispiel einer drastischen Kürzung der Sozialleistungen für illegale Migranten durch die dänischen Rechtsregierungen. Dänemark hat darüber hinaus in Problemvierteln der Polizei die Befugnis erteilt, jedermann ohne Begründung anhalten und durchsuchen zu können.

Siehe die Errichtung des ungarischen Grenzzauns und vieler anderer offensichtlich zielführender Anti-Migrationsmaßnahmen durch die vier Visegrad-Staaten.

Siehe den Kurswechsel Frankreichs in den letzten Wochen, der vor allem in massiver Druckausübung auf die Herkunftsstaaten besteht, ihre Landsleute wieder zurückzunehmen ([Migration: Ist der 'Große Austausch' eine Verschwörungstheorie?](#)).

Siehe Italiens erfolgreiche Migrationspolitik, solange Matteo Salvini Innenminister war (derentwegen er jetzt von linken Staatsanwälten verfolgt wird).

Siehe Kroatien, das derzeit – zweifellos auch im österreichischen Interesse! – einen ununterbrochenen harten Kampf an der Grenze zur Abwehr der Tausenden illegaler Migranten führt, die derzeit in Bosnien Zwischenstation machen.

Siehe Griechenland, wo Migranten auf Beschluss der konservativen Regierung künftig die Lager nicht mehr verlassen dürfen. Gleichzeitig schiebt Athen mehr Migranten wieder Richtung Türkei zurück und beendet damit die juristische Dauerschleife, in der griechische Verfahren fast nie rechtskräftig geworden sind.

Gewiss: Diese Länder werden wegen ihrer Antimigrationspolitik von linken und linkskatholischen Kreisen in Medien, aber auch Teilen der Politik und Justiz als rassistisch, nationalistisch, inhuman (und was es an derlei Killer-Bezeichnungen noch gibt) beschimpft. Aber vergleichende Blicke etwa nach Myanmar (Burma) oder Südafrika zeigen, was wirklich inhuman und rassistisch ist: Dort werden illegale Zuwanderer aus benachbarten(!) Regionen mit unglaublicher Gewalt pogromartig behandelt, gefoltert, vertrieben, umgebracht.

Davon sind die angeführten europäischen Exempel weit entfernt, davon wäre auch eine viel konsequentere Rückführungspolitik der gesamten EU noch immer meilenweit entfernt ([EU-Papier beweist! Es ging nie um „Flüchtlinge“, sondern um eine geplante „Neuansiedlung“](#)).